



SPD – Fraktion im Rat der Gemeinde Ostbevern

Ostbevern, den 5. Mai 2019

An Herrn
Bürgermeister Wolfgang Annen
An den Vorsitzenden des Umwelt-und Planungsausschusses,
Herrn Hermanns

Den Fraktionsvorsitzenden
Herrn Hermanns
Herrn S. Hollmann
Herrn J. Neumann
zur Kenntnisnahme

Die Gemeinde Ostbevern erklärt den Klimanotstand

Angestoßen durch die mittlerweile weltweite Bewegung der jungen Generation „Fridays for future“ und nach dem Vorbild vieler Gemeinden weltweit (Basel, Bern, Los Angeles, Vancouver, London), zuletzt bestärkt durch den Ratsbeschluss der Stadt Konstanz und parallel zu einer Reihe von entsprechenden (Bürger-) Anträgen in Gemeinden des Kreises Warendorf (Beckum, Drensteinfurt, Ennigerloh, Warendorf) und Umgebung (Münster, Hamm...) *beantragt die SPD – Fraktion Ostbevern, dass auch die Gemeinde Ostbevern im nächsten UPA und der nächsten Ratssitzung den Klimanotstand erklärt.*

Begründung:

(Sie lehnt sich weitgehend an den Resolutionstext des Klimabündnisses Hamm an, den sich die SPD-Fraktion zu eigen gemacht hat.)

Trotz weltweiter Bemühungen über Jahrzehnte, den Ausstoß von Klimagasen zu reduzieren, nimmt deren Konzentration Jahr um Jahr zu. Alle Maßnahmen, dem Klimawandel entgegen zu wirken, haben bisher keinen Erfolg gezeigt. Die Wissenschaft prognostiziert verheerende Folgen für die menschliche Zivilisation und die Natur auf dem Planeten Erde.

Es ist dringend erforderlich, jetzt auf allen Ebenen von Gesellschaft und Politik zu effizienten und konsequenten Maßnahmen zu greifen, um die Katastrophe noch aufzuhalten.

Es ist Zeit, *ein deutliches Alarmsignal* zu setzen und darauf hinzuweisen, dass wir keine Zeit mehr zu verlieren haben.

Es ist Zeit zu handeln! Und diese Forderung *betrifft alle in der Kommunalpolitik wichtigen Bereiche.*

Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Bereits 1,5 °C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Auch in Nordrhein-Westfalen wird der Klimawandel zu spüren sein, so werden zum Beispiel Landwirtschaft und Stadtklima von den Folgen direkt betroffen sein.

Der Klimawandel ist also nicht bloß ein Klimaproblem: Er ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Gesundheits-, Tierschutz- und Friedensproblem.

Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems alleine durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene wirkmächtige Maßnahmen, um dieser drohenden Katastrophe gegenzusteuern. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen. Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je schnell zu handeln!

Die Gemeinde Ostbevern erklärt den Klimanotstand (Climate Emergency [1]) und anerkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als **Aufgabe von höchster Priorität**:

- Die Gemeinde wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeder Entscheidung berücksichtigen und Lösungen bevorzugen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken.
- Die Gemeinde orientiert sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere im Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen. (Vgl. dazu 5. Sachstandsbericht des Weltklimarates; u.v. a.: ' Kernbotschaften des 5. Sachstandsberichts')
- Der Bürgermeister informiert den Gemeinderat und die Öffentlichkeit regelmäßig (alle sechs Monate) über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen und der Abarbeitung des Klimaschutzkonzepts der Gemeinde.
- Die Gemeinde fordert von der Bundesregierung die Einführung eines Klimaschutzgesetzes, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz hat sicherzustellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland spätestens bis 2050 vollständig erreicht wird.
- Die Gemeinde fordert, dass die Bundesregierung und die Landesregierung umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informieren.

[1] Die Begriffe «Climate Emergency» resp. «Klimanotstand» sind symbolisch zu verstehen und sollen keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.

Mit freundlichen Grüßen
Peter Eisel